

# Wie war's, wie wird's?

Fünf Bildungsexperten aus Politik und Wissenschaft blicken zurück auf das Jahr 2008 – und sagen, was 2009 wichtig wird

**Anette Stein, Bertelsmann Stiftung**  
Expertin für frühkindliche Bildung

**Jürgen Zöllner, SPD**  
Berliner Senator für Bildung

**Heinz-Elmar Tenorth, Humboldt-Uni**  
Historiker und Erziehungswissenschaftler

**Annette Schavan, CDU**  
Bundesministerin für Bildung

**Felix Rauner, Universität Bremen**  
Experte für Berufsbildungsforschung

## 1. Haben all die Bildungsreformen der vergangenen Jahre überhaupt etwas gebracht?

Ja und nein. Abgesehen von der alles überschattenden Finanzkrise, steht Bildung auf Platz 1 in Öffentlichkeit und Politik. Reformenerfolge gibt es in Einzelbereichen wie dem Ausbau von Ganztagschulen und den Angeboten für unter Dreijährige. Bislang kommt die Qualität aber zu kurz. Die größte Herausforderung ist seit Jahren ungelöst: Kinder und Jugendliche haben keine fairen Bildungschancen, und Deutschland hat keine Gesamtstrategie zur Lösung.

Ja. Noch vor Jahren wollte man die Grund- zu Spielschulen machen. Heute sind die Kitas Bildungseinrichtungen. Weil der Stellenwert der Bildung in der Gesellschaft mittlerweile viel höher ist, wird das Bildungssystem genauer als je zuvor unter die Lupe genommen. Deshalb ist es wichtig, dass alle im System mehr als je zuvor bereit sind, ihre Arbeit zu hinterfragen und sich zu verbessern.

Ja, eindeutig haben sie das: produktive Initiativen, die bundesweite Verständigung über zentrale Standards der Schule, die Anerkennung von Differenz im Hochschulsystem, Erkenntniszuwachs in der Bildungsforschung, gleichzeitig aber auch Enttäuschungen für radikale Reformer, Ernüchterung bei den Lehrern, dazu falsche Kontroversen, zum Beispiel über Schulstrukturfragen.

Ja. Die frühkindliche Bildung wird jetzt ernst genommen, die KMK hat sich auf Bildungsstandards geeinigt, die dauerhaft mehr Vergleichbarkeit herstellen, die Sprachförderung wurde eingeführt, die Wirksamkeit schulischen Lernens durch Evaluation transparent gemacht. Die Schulen sind selbstständiger geworden. Viele nutzen das für eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Ja, wenn auch nur zum Teil. Die Reformdiskussion zur beruflichen Bildung hat über zehn Jahre gedauert – mit einer kaum überschaubaren Zahl an Konferenzen und Memoranden. Herausgekommen ist die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, bei der nur Experten die Neuerungen erkennen – eine verpasste Chance. Trotzdem: Mit der länderübergreifenden Umstrukturierung für die beruflichen Schulen wurde eine wichtige Teilreform angestoßen.

## 2. Welche Fehler hat die Bildungspolitik gemacht?

Es wurde zu viel gemacht und zu wenig strategisch geplant und abgestimmt. Der Reformaktivismus hat die pädagogische Praxis kaum befördert und Pädagogen und Leitungen vielfach überfordert. Den vielen Einzelreformen fehlen die gemeinsamen Ziele und ein Leitbild, das den Lernerfolg aller Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt.

Wir haben uns vor Pisa vorgemacht, dass wir die Besten sind. Ich weiß nicht, ob wir das früher waren. Fakt ist: Viele Aufgaben, die vor 20 Jahren die Familie oder die Gesellschaft übernommen hat, läßt man heute bei der Schule ab – sodass zum Beispiel Integration und Sozialarbeit die Bereiche sind, wo die Bildungspolitik am meisten Nachholbedarf hat.

Neben den unvermeidbaren, vor allem den Fehlern der Halbherzigkeit, zum Beispiel im Zugeständnis lokaler Autonomie, die Standardisierung begleiten muss, falsche Zurückhaltung in Finanzfragen, fehlende Prioritätensetzung in der Schulpolitik, zu viel Aktion ohne kritische Selbstbeobachtung, Debatten ohne Inspiration.

Die Bildungspolitik hat zu spät die Schulen in der wichtigen Aufgabe der Integration unterstützt. Der größte Anteil derer, die ohne Abschluss die Schule verlassen, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Spezielle Förderung, etwa der sprachlichen Fertigkeiten, hätte früher einsetzen müssen.

Das grundlegende Defizit der Berufsbildungspolitik besteht darin, dass es keine gibt. Die Zuständigkeiten sind oft unklar, und es gibt keine Koordinierungsstelle auf Bundesebene. Die Föderalismusreform hat diese Schwäche noch verstärkt – ein schwerwiegender Fehler angesichts der Notwendigkeit, eine vorausschauende Fachkräftepolitik zu betreiben.

## 3. Wie muss es jetzt weitergehen?

Innehalten! Und gemeinsam definieren, welche Ziele unser Bildungssystem und die einzelnen Bereiche insgesamt erreichen sollen. Die größte Herausforderung sind die Diversität unserer Bevölkerung und die Frage, wie heterogene Lerngruppen erfolgreich miteinander lernen können. Entsprechend diesen Zielen müssen dann auch Ressourcen verteilt werden.

Es gibt deutschlandweit noch viele Probleme: zum Beispiel Unterrichtsausfall, fehlende Zusatzangebote, keine ausreichende Betreuung am Nachmittag. Wie gehandelt werden muss, das wissen wir mittlerweile. Die Gesellschaft muss bereit sein, die Lösung dieser Probleme zu tragen. Deshalb müssen Bund und Länder die Bildung zum zentralen Politikfeld machen.

Der »Bildungsgipfel« von Bund und Ländern im Herbst hat ja leider wenig erbracht. Nach wie vor fehlt eine klare Prioritätenordnung, zum Beispiel Vorrang für die »Risikogruppen« in den Schulen, entschiedene Wahrnehmung der Kompetenzen in der Berufsbildung, kein neues Exzellenzprogramm, erst Finanzierung der Studienreform.

Bildungspolitik muss gerade in Zeiten der Krise im Zentrum stehen. Wenn nach dem beschlossenen Konjunkturpaket mehr notwendig ist, muss intelligent investiert werden. Für die Renovierung, Modernisierung und Ausstattung von Schulen und Hochschulen sollte der Bund 20 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen – 2009 zunächst rund acht Milliarden. Das ist allemal nachhaltiger als Konsumgutscheine.

Um die Potenziale des dualen Berufsbildungssystems auszuschöpfen, müssen die Bundesländer stärker als bisher mit der OECD und der Europäischen Union zusammenarbeiten. Dabei sollten internationale Kernberufe entwickelt werden. Die Menschen, die in der beruflichen Bildung arbeiten, müssen nach internationalen Standards und in einem bundesweiten Netzwerk an den Unis ausgebildet werden.

## 4. Wie stark soll sich der Bund künftig einmischen?

Bestehende Bildungsungleichheiten sind nicht akzeptabel. Das Thema geht alle an. Und eine Gesamtreform ist nur unter Beteiligung aller möglich. In der föderalen Finanzverteilung müssen Länder und Kommunen ausreichende Ressourcen haben, um gute Bildungspolitik umsetzen zu können. Bestehende Herausforderungen scheinen mir nur lösbar durch eine Balance von zentraler Standardsetzung und dezentraler Vielfalt.

Der Föderalismus ist nicht schuld am Zustand der deutschen Schulen. Meiner Meinung nach ist es gut, dass es unterschiedliche Vorstellungen von Bildung in den Bundesländern gibt. Wie wir sehen, fördert dieser Wettbewerb die Qualität. Natürlich gibt es klare Zuständigkeiten. Aber nichts hindert doch den Bund daran, mehr für Vorschulen, Weiterbildung und Integration zu tun.

Der Bund mischt jetzt schon stark mit, aber die Effekte sind nicht überzeugend, sieht man auf Berufsbildung, Hochschule oder Weiterbildung; er zeigt auch keine besonders inspirierenden neuen Konzepte. Das Problem ist nicht so sehr der Konflikt zwischen föderaler Zuständigkeit auf der einen und »Einheit« auf der anderen Seite, es fehlen lokale Autonomie und offene Konkurrenz.

Wir sprechen längst vom europäischen Bildungsraum. Deshalb müssen Bund und Länder gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen. Daraus ergeben sich Impulse des Bundes, in der Bildungsforschung, in der beruflichen Bildung, in der Weiterbildung, in der frühkindlichen Bildung und an den Schnittstellen im Bildungssystem. Der Bund wird zum Beispiel in der frühkindlichen Bildung innovativere Konzepte wie Bildungshäuser fördern.

Wenn auf regionaler Ebene kreative Ansätze und Lösungen entstehen sollen, müssen hier die Gestaltungsspielräume größer werden. Das setzt andererseits eine Konzentration der politisch-strategischen Steuerung auf Bundesebene voraus. Für die berufliche Bildung sollten die zersplitterten Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern und zwischen unterschiedlichen Ressorts ersetzt werden, und zwar durch ein Bundesamt nach Schweizer Vorbild.

## 5. Wenn Sie eine Million Euro zu vergeben hätten, wo würden Sie die investieren?

Aus ökonomischer Sicht: in gute frühe Bildung in sozialen Brennpunkten. Das bringt die größten Gewinne. Aus persönlicher Sicht: in die Wette, dass wir uns in fünf Jahren noch in ideologische Bildungsdebatten verbeißen, statt kluge Wege für lebenslanges Lernen zu finden.

Ich würde die Mittel nutzen, um das bereits bestehende Berliner Angebot für *summer schools* und Camps zur Prüfungs- und Berufsvorbereitung von Hauptschülerinnen und Hauptschülern auszubauen und zu versteinern.

In eine Stadtteilinitiative, in der Schule, Eltern, Lehrer, Schüler, milieugebundene Initiativen und engagierte Helfer ungestört von raschen Erfolgserwartungen erproben und reflektieren können, ob Risikogruppen wirklich beschrieben werden müssen.

Wenn nicht in das Bildungskonjunkturpaket, dann für einen Wettbewerb, der besondere kulturelle Projekte im Bereich der Musik, Literatur, des Theaters fördert – wie Schreibwerkstätten oder die Zusammenarbeit zwischen Orchestern und Schulen.

Ich würde den Betrag in ein Preisausschreiben investieren: Gestalten der Übergänge im Bildungssystem. Dabei sollten besonders die Übergänge von der Schule in die berufliche Bildung sowie von der beruflichen Bildung zur Universität berücksichtigt und erleichtert werden.